

# Volkswacht

für Schlesien

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 14.— M., auswärts 16.— M., Familienangelegen., Stellenangebote, Stellenangebote, Besondere, Wohnungs-Anzeigen 1,50 M., Klein-Anzeigen pro Wort 0,50 M., das selbe Wort 1,00 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Buchstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Sigmundstraße 12, durch die Postämter 10.— M., monatlich 50.— M., durch die Post direkt 200.— M., freibleibend.

## Rob. Schmidt über Dollarfalkulation.

### Wirtschaftsfragen auf dem Parteitag.

Die Einigungsfrage ist für den Parteitag durch die Veröffentlichung des neuen Aktionsprogramms der beiden Parteivorstände und durch den Fortschritt der organisatorischen Verhandlungen ein gutes Stück weiter gekommen. Das Einigungsprogramm scheint uns eines umfassenden Kommentars nicht zu bedürfen. Die „Rote Fahne“ sieht darin einen Ruck nach rechts, die „Schlesische Zeitung“ einen Ruck nach links — die beide Befähigung dafür, daß es im ganzen die Richtung der gemeinsamen Politik beider sozialistischen Parteien inne hält. Nicht aktuelle Streitfragen sind im allgemeinen ganz draußen geblieben, da es sich ja nur um ein vorläufiges Aktionsprogramm handelt. Einige Formeln, besonders im Abschnitt Finanz- und Wirtschaftspolitik, sind notwendigerweise so formuliert, daß ihre Anwendung sich der immer rascher wechselnden Wirtschaftslage anpassen kann. Das Ganze scheint uns durch Kürze und wirkliche Hervorhebung des wichtigsten ausgezeichnet. Einige Formeln im ersten Abschnitt „Sinn der Republik“ geben darüber hinaus politische Entscheidungen für die Taktik der nächsten Zeit, zum Beispiel in der Reichswehrfrage und der Neugliederungsfrage, die wir besonders begrüßen können.

Wenden wir bei den wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Forderungen, so scheint uns die Programmformel „Verstärkte Erfassung der Auslandsdevisen mittels wirksamer Erfassung durch die Außenhandelsstellen“ fast die einzige zu sein, die eine Grundaufgabe unserer nächsten Wirtschaft- und Finanzpolitik zu eng faßt. Was wir an dieser Stelle über das Eindringen des Dollars in das innere Zahlungswesen unserer Volkswirtschaft beklagt haben, hat der Reichswirtschaftsminister, dessen Erfahrung und Umsicht wir immer sehr hoch schätzen, inzwischen in zwei Reden im wesentlichen nur bekräftigt. Um so bedauerlicher scheint es uns, daß er die Folgerung allzu vorsichtig daraus noch nicht gezogen hat, die wir vorschlagen: Verbot und Bestrafung des Fortfahrens und Zahlens in Auslandsdevisen im Verkehr zwischen deutschen Firmen. Auch die Ausführung Robert Schmidts über die Kalkulation im Kleinhandel befriedigt uns nicht. Der Reichswirtschaftsminister sollte sich nicht auf Reichsgerichtsentscheidungen berufen, sondern seinerseits jetzt rasch neues Reichsrecht notfalls durch Verordnung schaffen. Späterstens auf dem Augsburger Parteitage wird unsere Partei das von sich aus fordern müssen, wenn die zuständigen Stellen inzwischen wertvolle Zeit veräumen. Es handelt sich hier um eine heute noch durchführbare und ausblicksreiche, bald vielleicht bereits verspätete und unmögliche Maßnahme zur Hebung der Währung durch Verhinderung der schlimmsten Flucht vor der Mark, eine Maßnahme zur Rettung des Restes unserer Reichsfinanzen.

Andere dringende wirtschafts- und finanzpolitische Forderungen bleiben daneben leider immer noch für den Augsburger Parteitag übrig, so sehr wir wünschen, daß sie vorher bereits erfüllt würden. Sie liegen auf dem Gebiet der Steuer- und Aufhebung, der Kartellpolitik, aber auch einiger selbst heute mindestens diskutierbarer Sozialisierungsmaßnahmen.

### Der Einzelhandel und die Preisgestaltung.

Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird uns geschrieben: Die überaus schwierige Lage des Einzelhandels, der unter der Herrschaft der Wucherpreise seine Waren zu Preisen abgeben muß, die häufig ein Vielfaches hinter den gegenwärtigen Tagespreis zurückbleiben, hatte die Führer des Einzelhandels veranlaßt, persönlich bei dem Reichswirtschaftsminister vorzutreten und die Frage vorzulegen, was die Reichsregierung zu tun gedenke, um weiteren Verlusten des Betriebskapitals, die zur Einstellung der Betriebe und damit zur Verhinderung der Versorgungsschwierigkeiten führen müßten, vorzubeugen. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß Großhandel und Industrie in steigendem Maße dazu übergegangen seien, in Auslandswährung zu fakturieren, so daß der Einzelhandel gar nichts anderes könne, als den Wiederbeschaffungspreis, als welcher der Tagespreis anzusehen sei, seinem Verkaufspreis zugrunde zu legen.

Der Reichswirtschaftsminister gab durchaus die schwierige Lage, mit der der Einzelhandel zu kämpfen hat, an. Man beschuldigt durchaus unredlich den Einzelhandel, daß er der Preisfreiheit bei Vorwurf leiste. Gewiß kämen Einzelhändler vor, aber im allgemeinen sei zu beobachten, daß im Vergleich zu den Großhandelspreisen im Kleinhandel das Tempo sich verlangsame. Hier-

dinge sehe die Bevölkerung nur die Kleinhandelspreise in den Kaufhäusern der Stadt, und deshalb der Unwille gegen sprunghafte Preiserhöhung der Waren. Gegen die Preiserhöhung aller vom Ausland bezogenen oder im wesentlichen aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Waren seien wir mobil; wohl aber fragt es sich, ob die Produzenten von Waren aus heimischen Rohstoffen sowie die Landwirte mit den Lebensmitteln, die wir im Inland erzeugen, im Preis mit dem Verbraucher mitlaufen müssen. Das müßte er bestreiten, und hier liegt eine ungesunde Preisentwicklung vor, die beim Produzenten beginnt. Der Minister erklärte weiter, daß das Verlangen des Großhandels und der Industrie, der Einzelhändler solle in ausländischer Währung bezahlen, eine außerordentliche Ueber- spannung des Strebens nach Risiko-Sicherung darstelle, die außerdem zu einer beschleunigten Entwertung der Mark erhebiß beitragen würde. Wahrscheinlich werde sich der Kartellverband bald mit dieser Frage befassen müssen. (Beiräte mit dieser Frage zu befragen, scheint uns kaum möglich zu sein. Verbot des Dollarfortfahrens im Inlandsgeschäft muß n. E. raschstens erfolgen. Wir verweisen auf unseren geistigen Beiratsrat, Red.) Ebenso trat der Minister auch der vielfach beobachteten Neigung, die Preise in kürzester Frist, entsprechend dem jeweiligen Dollarkurs, hinaufzusetzen, entgegen, indem er ausführt, daß der Kurs der Mark leider zu sehr abhängig sei von den Stimmungen der ausländischen Kalkulation, die sich nicht durch die wahre Wirtschaftslage des Reichs, sondern lediglich von den politischen Ereignissen beeinflussen lasse.

Auf die Frage an den Minister, wie er sich zu der Anerkennung der Wiederbeschaffungspreise stelle, erwiderte er etwa folgendes: Der Standpunkt der Reichsregierung ist in der Veranlassung des Reichstages vom 14. Juni 1922 von dem Reichswirtschaftsminister dahin gekennzeichnet worden, daß die Wiederbeschaffungspreise nur dann herabzusetzen seien, wenn sie nicht der Ausdruck einer Notmarktlage sind. In dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Besteht keine normale Marktlage — und man wird bei der heutigen Gestaltung des Warenmarktes, insbesondere der Zurückhaltung der Lieferanten und der zögerlichen Bedarfsdeckung des Handels dieses annehmen müssen — so ist der Verkaufspreis nach wie vor auf der Grundlage der individuellen Gesteuerungskosten zu errechnen, wie sie in Anlehnung an die amtliche Begründung der Preisstreiberverordnung vom Reichsgericht entwickelt worden sind. Es soll aber nicht verkant werden, daß diese Berechnungsart bei der sprunghaft fortwährenden Geldentwertung zu einer Minderung des Betriebskapitals und damit zu volkswirtschaftlich unerwünschten Folgen führen kann. Diesem Umstand hat das Reichsgericht Rechnung getragen und in einer Entscheidung vom 7. Juli 1921 anerkannt, daß dem zwischen Ein- und Verkaufszeit eingetretenen Sinken des Geldwertes Rechnung zu tragen sei. Die Berücksichtigung der Geldentwertung darf jedoch nicht bis zur vollen Abgeltung des eingetretenen Wertminderungsgrades gehen. Nur eine angemessene Berücksichtigung der durch das Sinken der deutschen Währung herbeigeführten Lasten zwischen Händler und Verbraucher wird zugelassen, nicht aber die Abwälzung der gesamten Last auf den Verbraucher. Wenn man auch auf die Erhaltung des produktiven Kapitals Rücksicht nehmen muß, so kann doch im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse der wichtige Produktionsfaktor „Arbeitskraft“ in seiner Wiederherstellung und Erhaltung nicht weiterhin gefährdet werden. Es entsteht nun die Schwierigkeit, zu entscheiden, nach welchem Maßstab die Berücksichtigung der Geldentwertung erfolgen solle. Das mittlere Ermessen der Gerichte und der Verwaltungsbehörden führt zu starken Unterschieden in der Beurteilung mit allen ihren nachteiligen Folgen. Nun haben sich innerhalb der Händlerwelt seit einiger Zeit selbstständig gewisse Maßstäbe für die Preisbildung herausgebildet, die sich bestreben, eine gewisse Mittellinie einzuhalten. So sieht man z. B. als Maßstab für den Umfang der Geldentwertung den vom statistischen Reichsamte monatlich herausgegebenen Lebenshaltungsindeks heran. Der Verkäufer ist hiernach berechtigt, für eine im Juni eingelaufene und im Juli verkaufte Ware der im Vormonat des Verkaufs eingetretenen Geldentwertung von beispielsweise etwa 32 Prozent durch einen entsprechenden Aufschlag Rechnung zu tragen. Der so gemonnene Preis wird vielfach hinter dem Tagespreis zurückbleiben, weil bei den heutigen schnellen Veränderungen des Preisniveaus die Bekanntgabe des Index hinterherhinkt. Ohne gerade dieser Berechnungsart für alle Fälle den Vorzug zu geben, sehe ich nicht an, in einem solchen Vorhaben der beteiligten Kreise selbst, das einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen erstrebt, gerade wegen der freiwilligen Übernahme der Verantwortung einen erheblichen Fortschritt zu erblicken. Anstelle des schwankenden Begriffs „Berücksichtigung der Geldentwertung“ gilt es, einen festen Maßstab zu setzen und einen Ausgleich zu finden zwischen den Forderungen des Handels und denjenigen der breiten Verbrauchermaße, denen die sofortige Anpassung der Preise an die aus der Notmarktlage sich ergebenden Tagespreise nicht augenmerklich werden kann.

### Die Einigungsverhandlungen.

Die Vorstände der beiden Sozialdemokratischen Parteien traten am Mittwoch vormittag zur Beratung der organisatorischen Fragen zusammen. Besprochen wurden u. a. die künftige Besetzung des Parteivorstandes und Preisangelegenheiten. Die Verhandlungen schreiten in erfreulicher Weise fort.

**Ein Dollar (vorbörstlich) 1300 M.**

### Der Wirtschaftsminister vor dem Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft begann am Mittwoch seine Besprechungen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Beratungen wurden durch eine ausführliche Rede des Reichswirtschaftsministers Schmidt eingeleitet. Schmidt verwies u. a. darauf, daß die Arbeitslosigkeit augenblicklich so gering sei, wie kaum jemals zuvor, daß sogar in einigen Bezirken, so zum Beispiel im Bergbau, ein Mangel an Arbeitskräften bestände. Nach Erläuterung der allgemeinen Verhältnisse in unserer Wirtschaftslage wandte sich der Reichswirtschaftsminister gegen die immer mehr überhandnehmende Fälschung in ausländischer Währung, auch bei Erzeugnissen aus rein inländischen Rohstoffen. Es sei unredlich, wenn inländische Erzeugnisse mit dem Dollar stetigen. So wäre zum Beispiel der Warenpreis auf dem Berliner Börse in der Zeit von acht Wochen um rund über 2000 Mark gesunken. Ebenwichtig sei das Sinken der Preise für Kartoffeln, Butter und Milch besprochen. Tiefster Erzeugung zeige sich in der Industrie. Hierher sei um das Mehrfache, andere Sorten um das 26fache gestiegen, also über den Stand des Dollars hinaus. Dabei sei eine neue Erhöhung wegen Erhöhung der Kohlenpreise in Aussicht. Der Kohlenpreis habe im Juni 84 Mark betragen, am 7. August 124 Mark, am 21. August 171 Mark, jetzt 295 Mark — ungefahr das Tausendfache des Friedenspreises, während der Baumwollpreis nur auf das 600- bis 700fache hinaufgegangen sei. In diesem Zusammenhang erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß er den zuständigen Ressorts seines Ministeriums Auftrag gegeben habe, zu prüfen, ob gegen das Näherangehen nicht wegen Wuchers vorzugehen sei.

Eingehend beschäftigte sich Schmidt dann mit der weiteren Verteuerung des Druckpapiers. Der Kilopreis würde von 28 auf etwa 84 Mark erhöht werden, so daß ein großer Teil der Zeitungen bald das Erscheinen einstellen müßte. Schon heute hätten viele Schichten der Bürger und der Arbeiterkreise die Zeitungen abbestellt. Die Lage werde noch dadurch verschlimmert, daß die Papierfabrikanten ihre Zahlungsbedingungen ganz wesentlich verschärft hätten. Angesichts dieser Verhältnisse dränge sich die Frage auf, ob nicht im Interesse der Presse für das Druckpapier eine teilweise oder vollständige Quasiquantifizierung wieder eingeführt werden soll. Zur Behebung der Not der Presse sieht Genosse Schmidt keinen anderen Ausweg, als die Bildung eines Zwangsindikats.

Der deutsche Außenhandel, so fuhr der Minister fort, ist in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit im Jahre 1914 sehr erheblich zurückgegangen; die Einfuhr etwa auf die Hälfte, die Ausfuhr auf ein Drittel. Die Entwicklung auf dem Kohlenmarkt hat die schlimmsten Befürchtungen übertraffen. Wenn es nicht gelingt, zu einer höheren Kohlenförderung zu kommen, steht insbesondere die Arbeiterklasse vor erheblichen Gefahren. Diese Verhältnisse können nur behoben werden, wenn wir im Bergbau zu größeren Leistungen kommen, sei es technisch, sei es durch größere Ueberbahrungen. Die Kohlenlage ist für die ganze Wirtschaft verhängnisvoll, wenn in der Arbeiterklasse nicht mehr Verständnis wie bisher für die Notlage Platz greift und die unernünftige und unverständliche Agitation der Kommunisten nicht aufhört. Ohne die Wehrernährung der Braunkohle ist unsere Lage noch schlimmer.

### Berliner städtische Maßnahmen gegen die Teuerung.

Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, verhandelte der Magistrat heute erneut über Maßnahmen gegen die Teuerung und zur Hilfeleistung für den unbemittelten Teil der Bevölkerung. Bei der vermittelten finanziellen Vorlage waren umfassende Maßnahmen für rechtzeitige Versorgung mit Lebensmitteln und Brennstoffen nicht zu finanzieren. Wenigstens für den ärmeren Teil der Bevölkerung sollen Erleichterungen geschaffen werden, u. a. einmalige Winterbeihilfen an Empfänger von Armenunterstützungen, Unterstüthungsverhöbungen und Brennstoffbeihilfen an Unbemittelte. Ferner soll die Volkshilfe auch während des Winterhalbjahres fortgeführt, die Armenpflege durchgeföhrt, sowie die Winterbeihilfen in der bisherigen Weise weitergeföhrt und die Zuschüsse für die privaten Klippen und Horte erhöht werden. Die Durchführung dieser Maßnahmen erfordert bei der Wohlfahrtspflege rund 120 Millionen und bei der Jugendfürsorge rund 80 Millionen. Um die Durchführung zu ermöglichen, sollen die Werttarife so erhöht werden, daß 40 Prozent des obigen Betrages durch die Gaswerke und 60 Prozent durch die Elektrizitätswerke aufgebracht werden.

### Moskauer Preise in deutscher Währung.

Im offiziellen bolschewistischen Organ „Das Wirtschaftsleben“ sind die von der russischen Reichsbank festgesetzten ausländischen Wechselkurse veröffentlicht. Danach zählte die Reichsbank am 21. August für eine deutsche Mark 4000 Sowjetrubel. Aus den Angaben desselben Blattes über die Moskauer Marktpreise in der zweiten Augusthälfte geht hervor, daß ein russisches Pfund (400 Gramm) Schwarzbrot 150.000 Sowjetrubel = 45 deutsche Mark kostet. Bei der Umrechnung der Moskauer Marktpreise in deutsche Währung geht hervor, daß gegenwärtig in Moskau folgende Lebensmittelpreise festgesetzt sind: 1 Kilogramm Weizenbrot 387 Mark, 1 Kilogramm Roggenbrot 112 Mark, 1 Kilogramm Kartoffeln 75 Mark, 1 Kilogramm Rindfleisch 770 Mark, 1 Kilogramm Kalbsfleisch 1845 Mark, 1 Kilogramm Zucker 1390 Mark. Ferner sind folgende Preise charakteristisch: 1 Schafel Steinhölzer 6 Mark, 1 Arschin schlechten Kattun 185 Mark, 1 Paar Herrenstiefel 11.460 Mark. Die Kosten einer Lebensmittelration von 3000 Kalorien betragen sich im Monat auf 10.625 Mark. Ungerechnet die Ausgaben für Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung beträgt also das Existenzminimum in Moskau für eine Person mehr als 16.500 deutsche Mark im Monat.

### Wirksame und unwirksame Wucher-Belämpfungsmethoden.

Die „Kontrollkommission der Berliner Betriebsräte“, jenes bekannte neue Reklamékind der Kommunisten, hat an das preussische Ministerium des Innern einen Brief gerichtet, in dem „außerordentliche Vollmachten“ zur Durchführung folgender Maßnahmen gefordert werden: Beschlagnahme von Lebensmitteln und lebenswichtigen Bedarfsgegenständen, die zu Wucherpreisen feilgeboten werden. Einsetzung einer Betriebsräte-Kommission bei der Eisenbahn zur Kontrolle der an- und abrollenden Lebensmittel, sofortige Beschlagnahme der großen Wohnungen, Schließung aller Luxus-Gaststätten, Kontrolle aller Betriebe, die Lebensmittel oder lebenswichtige Bedarfsgegenstände erzeugen.

Auf den Brief der Kontrollkommission hat das preussische Ministerium des Innern am 5. September geantwortet. Die Antwort weist darauf hin, daß von der Reichs- und Staatsregierung bereits energische Maßregeln zur Beseitigung der Wucher- und Ausfuhrverhältnisse, der Brot-, Kartoffel-, Fett-, Fisch- und Zuckerverhältnisse, in die Wege geleitet worden seien. Die Preussische Staatsregierung habe dann durch wichtige Verordnungen den Kampf gegen die wucherische Ausbeutung der Bevölkerung, gegen das Ueberhandnehmen von Schanckstätten und gegen die Schlemmerei aufgenommen. Das preussische Staatsministerium habe beschlossen, im Benehmen mit der Reichsregierung die bessere Ausbildung des Preisprüfungswesens in die Wege zu leiten. Ferner werde an der Durchführung von Vollzügen, namentlich von Rüberrück- und Schulspießungen gearbeitet.

„Wenn die Eingabe der Kontrollkommission“, so schließt die Antwort des Ministers des Innern, die Uebertragung der Nachprüfungen, Beschlagnahme, Verkaufsbeschlagnahmen Waren an diese Kommission anregt, so kann die Staatsregierung ihr auf diesem Wege nicht folgen. Sie muß vielmehr ausschlaggebendes Gewicht auf die Befähigung der Zuständigkeit zu allen diesen Eingriffen in der Hand der Staats- und Gemeindebehörden legen. Das Ziel kann dabei allein darauf gerichtet sein, eine enge Führung dieser Behörden mit der Bevölkerung, insbesondere auch mit den Verbrauchern, zu bewerkstelligen. Es würde deshalb sehr dankenswert sein, wenn die Berliner Betriebsräte die Behörden bei der Durchführung der bereits getroffenen und noch vorzusehenden Maßnahmen auch in ihren Kreisen unterstützen wollten.“

Der Stellungnahme des preussischen Ministeriums müssen wir schon deswegen zustimmen, weil diese Berliner Kommunistenkommission keineswegs eine Kontrolle durch erhebliche Teile der Arbeiterklasse und der anderen großen Verbraucherkategorien garantieren würde. Deren Mitwirkung an der Wucherbekämpfung wünschen auch wir, aber sie kann nicht durch Quereingriffe gegen andere staatlich bereits erfolgte Maßnahmen, sondern nur durch Unterstützung der Behörden seitens der Betriebsräte durch Zusammenarbeit also geschehen, wie sie auch das preussische Ministerium erfreulicherweise wünscht. Sonst kommt Verwaltungschaos zum Vorschein, ohne daß etwas besser wird.

### Beamten- und Kleinrentnerfragen vor dem Reichstagsauschuß.

Der Ueberwachungsaußschuß des Reichstags befaßte sich in seiner Dienstag-Sitzung zunächst mit der Erhöhung der Beamtenbezüge. Unter Hinweis auf die ungeheuren Spannungen der Gehälter zwischen den oberen und unteren Besoldungsgruppen stellt Genosse Bender den Antrag, den Kopfschlag um weitere 100 Prozent zu erhöhen. Ministerialdirektor v. Schlieffen erklärte, daß die Denkschrift über die gleiche Gehaltsstufen in Kürze dem Reichstag vorgelegt wird. Die Arbeiten seien in vollem Gange. Eine wesentliche Verzögerung der Spannung der Bezüge zwischen den unteren und oberen Besoldungsgruppen sei durch die letzte Erhöhung nicht eingetreten. Die Grundgehälter sollen in Kürze neu geregelt werden, ebenso die Ortszuschläge. Deshalb sei es ungewisshaft, die Nebenbezüge jetzt zu komplizieren. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Höfle wendet sich gegen die beantragte Erhöhung des Kopfschlages. Seiner Auffassung nach ist die Spannung zwischen den Bezügen der unteren und oberen Besoldungsgruppen nach Abzug der Steuern nicht so groß, wie angenommen werde. Hoffmann (USP) weist darauf hin, daß die unteren Beamten im allgemeinen mehr Kinder zu ernähren haben als die oberen Beamten. Schon deshalb müßten die sozialen Gesichtspunkte mehr Berücksichtigung finden. Hoffmann stellt dann die Anfrage an die Regierung, ob sie bereit ist, den Kohlen- und Kartoffelzuschlag zu erhöhen. Ministerialrat Kahlemann erklärt, daß zu dem bereits bewilligten Kohlenzuschlag weitere Mittel bereitgestellt werden, ebenso zum gemeinsamen Bezug von Kartoffeln.

## Untergang.

Ein Lebensfragment von A. M. de Jong.  
Berechtigter Uebersetzung aus dem Holländischen  
von Georg Günther.

20]

Diese erneute Warnung berührte mich unangenehm: mein neuer Prinzipal schien nicht im allerbesten Maße zu helfen ... Gleichwohl, was konnte es mich kümmern ... ich würde Geld verdienen und keinen Hunger leiden ... Für den Augenblick verlangte ich weiter nichts ...

Das Essen schmeckte mir nicht ... Die Frau, die wunderliche Stellung, in der ich ihr gegenüberstand, eine unbestimmte Ursache über meinen zukünftigen Wirkungsreis, dies alles zusammen bewirkte, daß ich keinen Appetit hatte und nur ganz wenig durch die Kehle bringen konnte ... Auch, ich schmeckte mich beinahe, es zu sagen, machte es mich förmlich verlegen, daß dieses Essen bezahlt war mit auf solche Weise verdienstlichem Gelde ... In gleicher Zeit fühlte ich mich als einen Unmenschen ... Ich schlang noch häufig eine Tasse Tee hinunter und fand auf, was fortzugehen ...

Ich dachte ihr, konnte aber die Worte nicht finden, die hätten ausdrücken können, was ich meiner Empfindung nach eigentlich sagen wollte. Die Frau lächelte mir und streifte mir die Hand hin. Ihre Hand war kalt und feucht und ihr Händedruck trübsal. Befragt sah ich sie an und sagte: „Du magst unverzüglich schlafen gehen.“

Sie erwiderte, und ich sah, daß ein feuchter Schimmer den Glanz ihrer Augen flüchtig umfloss.

„Ja“, sagte sie mit wäglig veränderter Stimme, „es ist gut ... Geh du nun jetzt zu ihm und heute an das, was ich dir gesagt habe.“

Im nächsten Augenblick stand ich auf der Straße, lebend, wie wenig gute Worte diese Frau zu hören bekommen mochte, weil so geringe Herrlichkeit sie gleich dem Wasser ergießt ... Und dann, wie gewöhnlich, sie über Wasser hinaus sprach, mit einem fast grotesken Nachdruck, mit einem nachlässigen Klang in ihrer Stimme. Zwischen diesen beiden Worten wurde etwas verfliegen ...

Wieder ich konnte nicht schlafen, was ...

In meinem Zimmer stand ich in dem kleinen Messingstuhle in der beschriebenen Straße. Ein seltsames Witz-Gespiel ...

Abg. Genosse Steinkopf wendet sich gegen die unzutreffende Darstellung des Abg. Dr. Höfle (Zentr.), der mit den Gehaltszulagen „nach Abzug der Steuern“ operiere. Man dürfe die Vorkriegs- und Nachkriegsgehälter nicht nach Abzug der Steuern gegenüberstellen, weil das ein schiefes Bild ergebe. Für die hohen Steuern könnten die hochbezahlten Beamten keinen Ersatz verlangen. Die Steuern lasteten auf dem ganzen Volk gleichermaßen. Steinkopf wünscht, daß die Kohlen- und Kartoffelzuschläge nicht wieder durch eine einzige Genossenschaft verteilt werden. Der deutschnationale Abgeordnete Degler erklärt, daß, falls der Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung der Kopfschläge nicht zurückgenommen werde, er die ganze Besoldungsfrage aufrolle. Das hätte eine Verzögerung der Auszahlung bedeutet. Abg. Genosse Wels antwortet hierauf, daß die SPD den Antrag gestellt habe, weil das Reichsfinanzministerium den wiederholt geäußerten Wünschen der Partei nicht Rechnung getragen habe. Er sei bereit, den Antrag zurückzustellen, wenn die Reichsregierung erkläre, daß sie unsere Wünsche künftig berücksichtigen wolle. Die Sozialdemokratie werde auf die Gewerkschaften einwirken, sich dem Reichsfinanzministerium in dieser Frage nicht mehr zu unterwerfen. Nach einer Erklärung des Ministerialdirektors v. Schlieffen, daß die grundsätzliche Nachprüfung der Grundgehälter, Ortszuschläge und aller hiermit zusammenhängenden Fragen alsbald erfolgen soll, zieht Abg. Genosse Wels den Antrag zurück, weiß aber noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß die Regierung den Ernst, den die Fraktion dieser Frage heimlich, erkennen möge.

Sobald wird die Vereinfachung von Mitteln zur Unterstützung von Kleinrentnern beprochen. Die Regierung erklärt, daß sie die ursprünglich eingelegte Summe von 500 Millionen Mark auf eine Milliarde erhöht habe. Nach längerer Debatte wird folgender Antrag angenommen:

„Die zugunsten der Kleinrentner neu in Aussicht genommene Summe von 500 Millionen Mark mit größter Beschleunigung zur Auszahlung zu bringen. Der Satz, anstelle des Grundlohnes der Bedürftigkeit den Grundlohn des tatsächlichen Bedürfnisses zu setzen, wird von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.“

### Die Beamtenfragen im preussischen Landtagsauschuß.

Der Ständige Ausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch nachmittags mit der Erhöhung der Ausgleichsschläge für die Beamten. Von der Sozialdemokratischen Partei wurde energisch darauf hingewiesen, daß die gleichmäßige prozentuale Erhöhung zu unerträglichen Verzerrungen zwischen den Besoldungsgruppen unteren und oberen Gruppen führe. Unsere Gesandten beantragten, neue Verhandlungen mit dem Reich anzunehmen, damit ein wesentlicher Teil der für September beschlossenen Erhöhungen in Form der Erhöhung der Kopfschläge gewährt werde. Weiter wurde beantragt, allen Beamten einen vorläufigen Vorschlag von 5000 Mark auszusprechen. Von der Regierung und den bürgerlichen Parteien wurde die Beschneidung des sozialdemokratischen Standpunktes anerkannt, aber mitgeteilt, daß das Reich von seinem Recht der Sperrung der Gelder Gebrauch machen werde, wenn die Vorlage in Preußen nicht angenommen würde. Der sozialdemokratische Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt und danach die Regierungsvorlage einstimmig angenommen.

### Die Zulassung von Fachschulabsolventen zu den preussischen Technischen Hochschulen.

Durch Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 7. Juli d. J. zu der der Reichsminister und der Handelsminister gemeinsam Ausführungsbestimmungen erlassen haben, ist wie der amtliche Preussische Präsidial-Beschluß schreibt, die von vielen Seiten seit langem geforderte Möglichkeit des Uebergangs auf technische Hochschulen herbeigeführt worden.

Ein solcher Uebergang von der Fachschule zur Technischen Hochschule soll insofern nur eine Ausnahme bleiben, da die Fachschulen ihre besonderen Aufgaben erfüllen sollen, und nicht als Vorstufen für die Technischen Hochschulen dienen können. Demgemäß kann eine Zulassung von Fachschulabsolventen zum Hochschulstudium überhaupt nur in besonderen Fällen, wenn sie auch eine wesentliche fachliche Befähigung nachweisen können, die von einem Dozenten oder der betreffenden technischen Hochschule und einem Fachschullehrer festgestellt sein muß. Außerdem müssen sie sich einer besonderen Prüfung vor einem Prüfungsausschuß unterziehen, dessen Mitglieder das für den Sitz der Hochschule zuständige Provinzialhochschulkollegium bestimmt. Diese Prüfung erstreckt sich auf die allgemein bildenden Fächer wie Deutsch, Erdkunde, Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Staatsbürgerkunde, eine fremde Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften, soweit diese beiden Fächer nicht schon durch den Besuch der Fachschule nachgewiesen sind. Diese Prüfung mag nach ihren Anforderungen als ein ausreichender Ersatz für die Reifeprüfung angesehen werden. Für die Prüfungsvorbereitung ist im allgemeinen der Lehrplan des preussischen Realgymnasiums maßgebend, doch ist auf Lebenserfahrung, Urteilsfähigkeit und Ber-

rufung für geistige Werte mehr Gewicht zu legen als auf den Besitz gedächtnismäßig eingelernter Prüfungsfächer. Besonders hervorragendes Wissen und Können auf beruflichem Gebiet soll gewertet werden.

Die Zahl und die Gattungen der Fachschulen, von denen der Uebergang zur Technischen Hochschule zulässig ist, sollen beschränkt werden. Die Entscheidung hierüber hat sich die Regierung noch vorbehalten. Sie wird im Einvernehmen mit den interessierten Kreisen, insbesondere auch mit den Technischen Hochschulen, erfolgen, mit denen auch die jetzt ergangenen Bestimmungen vor dem Beschluß des Staatsministeriums beraten worden sind. Soweit zurzeit zu übersehen ist, kommen in erster Linie die höheren Maschinenbau- und Maschinenbau-Fachschulen in Betracht. Nebenfalls soll auch die Auswahl der Fachschulen eine gute Auslese der Absolventen gewährleisten.

### Vom Kampf gegen die völkischen Verbrecher.

Der wegen Begünstigung der Rathenauer-Mörder kurz nach dem Attentat an Rathenau verhaftete Leiter der deutschnationalen Organisation in Medienburg, Erich Bode, wurde bekanntlich vor wenigen Tagen wieder aus der Haft entlassen. Bode ist nun von dem Staatsanwalt in Schwerin wegen Geheimbündelei wieder verhaftet worden.

### Genosse Marcel Sembat gestorben.

Die französische Sozialistenpartei hat einen neuen schweren Verlust erlitten. Einer ihrer besten Redner und politischsten Köpfe, Marcel Sembat, ist vorgestern gestorben. Nachdem in den letzten Jahren beinahe alle älteren Führer des Sozialismus in Frankreich — Jaurès, Bailant und Guesde — dahingerafft worden sind, bedeutet das einen besonders schweren Schlag für den französischen Sozialismus, der ohnehin durch ein schlechtes Wahlrecht und die Spaltungsarbeit der Kommunisten heute der schwächste Flügel der westeuropäischen Arbeiterbewegung geworden ist.

Sembat, der noch nicht ganz 60 Jahre alt war, hat einen Pariser Wahlkreis mehrere Jahrzehnte lang vertreten. Er hat sich außer durch sein überaus wirksames Auftreten im Parlament vor allem durch ein vor dem Kriege erschienenen Buch „Faites un roi — sinon faites la paix“ („Macht einen König — oder macht Frieden“) bekannt gemacht. Darin wies er nach, daß kriegerische Politik nach außen immer auch die Reaktion im Innern bedeuten müsse und daß es eine kriegerische Demokratie auf die Dauer in Frankreich nicht geben könne. Die überaus ungeklärte Art der deutschen Kriegserklärung an Frankreich ermede dann bei den französischen Sozialisten international die erst nach dem Kriege durch die wiederkehrenden internationale revidierte Anhängen von der Alleinhegemonie Deutschlands. Sembat wurde damals zusammen mit Guesde Mitglied der ersten französischen Kriegsregierung, machte allerdings die ins Feld ziehenden Genossen selbst als Minister in einer berühmten Pariser Rede, daran zu denken, daß auch auf der anderen Seite viele Sozialisten standen. Nach dem Kriege trat er für möglichst rasche Wiederherstellung ein und bekannte sich auch für den Zusammenbruch der zweiten Internationale mit der Wiener Arbeitergemeinschaft, der die französische Partei angehört. So ist sein Verlust über sein Land hinaus ein Schlag für die internationale Friedenspolitik und den internationalen Sozialismus.

Die Witte des verstorbenen Genossen Marcel Sembat lebte sich nach der überraschenden Mitteilung von dem Tode ihres Mannes durch einen Revolverstich.

### Ein Opfer des roten Zarismus.

Reuter meldet aus Riga, daß Timofejew, einer der kürzlich zum Tode verurteilten sozialrevolutionären Führer, sich in seinem Gefängnis erhängt hat. Timofejew war von zaristischen Gerichten als Sozialrevolutionär zweimal zu langen Zuchthausstrafen verurteilt worden, von denen er 12 Jahre verbüßte. Durch die Märzrevolution 1917 befreit, bekam er eine führende Rolle in der revolutionären Bewegung Sibiriens. Auf dem russischen Parteikongreß 1918 zum Mitglied des Exekutivkomitees gewählt, wurde er 1920 von den Bolschewisten verhaftet, lebend ununterbrochen in Haft gehalten, zum Tode verurteilt und trotz der Nichtausführung des Urteils jetzt zum Selbstmord gebracht. Seine Schuld bestand auch nach der bolschewistischen Anklage nur darin, daß er sozialrevolutionäre Politik trieb und dadurch angeblich indirekt (!) andere an Attentaten gegen Bolschewisten veranlaßt haben soll, was mit Hilfe unkontrollierbarer Dokumente in einem Prozesse bewiesen wurde, in dem die Verteidiger ihr Amt nicht weiterführen konnten. Der Revolutionär Timofejew ist tot. Der neue Zarismus der Bolschewisten lebt ...

### Die Lohnrückstände in Petersburg.

Die Sowjetpresse veröffentlicht offizielle Angaben über die Lohnrückstände der Arbeiter und Angestellten bei den Petersburgern staatlichen Trufts. Danach schuldet der Staat den Arbeitern an nicht ausgezahlten Löhnen 1106,3 Milliarden Rubel. Diese Zahlen beziehen sich nur auf Petersburg.

„Gehören von ungefähr zwölf Jahren, mit kümmerlichem Gehalt, in fetten hängenden Kleidern und einem Haarbüschel wie ein kümmerlicher Stanzbock, kam auf mich zu und sah mich an.“

„Du bist wohl der neue Partier, he?“

„Ja“, dann geh nur mit ... Der Herr wartet schon auf dich.“

Er ging mir voran, mit erschrockener Behendigkeit zwischen allerlei Kisten, Dosen und Kästen leuchtend, die überall in dem kleinen Raum in unangenehmer Unordnung auf dem Fußboden verteilt lagen, wobei er beständig ausrief: „Gib acht auf dies!“ oder „gib acht auf das!“ oder etwas ein wenig zu laut, so daß ich wiederholt fränselnd und einmal ein Köpfchen zertrat, zum Glück ein leeres. Hinter dem wumpigen Rücken war eine schwache Lampe, die mein Führer mit Regelmäßigkeit hin- und herwog, während er holpernd folgte ich ihm. Er erwartete mich irgend oben an der Treppe.

„Schwer, he?“ grüßte er, und trübend fügte er hinzu: „Das letzte ich ... wenn du erst mal deine fünfmal heruntergedrückt bist, kennst du das Kampfgeschick, und dann geht es von selbst.“

„Freigekommen durch diese angenehmen Aussichten, ging ich ihn nach durch einen hochmaligen kleinen Gang in ein großes Zimmer, wo das fahle Licht des trübseligen Herdtages durch zwei riesige Fenster hereinfiel. In dem Zimmer saßen wohl an die zwölf Mädchen, an Rahmenstühlen arbeitend, und ich hörte die unangenehme giftige Stimme von Mitter Juni, der neben einer der Rahmenstühle stand und ihr in heftigen Tönen einen Küffel creitete.“

„Du arbeitest viel zu langsam ... und was du ablieferst, laßt gar nichts ... die geringe Arbeit soll so total verpöcht, und ich möchte dir, daß du mich nicht lange mehr auskannst ... für die geringe Arbeit werde ich dir keinen Pfennig bezahlen, verheißt du, und so.“

„Ja, ich werde mich da in meinem eige ... ja, meine bestelien lassen von einer solchen Schlinge ...“

Die Rahmenstühle knarrend, und die Mädchen saßen alle über ihre Arbeit gebeugt und arbeiteten fort, als hätte ihnen ihr Leben ab. Das Mädchen, das so energisch gerüffelt wurde,

lah vorgebeugt, mit den Händen im Schoße, und ich sah große Tränen an ihren Wimpern hängen. Aber sie sagte nichts. Wöslig erklang ein knackendes Geräusch, und der Prinzipal drehte sich wütend um nach einer Maschine, die mit einem Rale stehen blieb.

„Sagst du!“ posterte er; „zerdrück mir nur die Kabeln! Sie locken mich ja nichts, meinst du wohl ... Zwei Pfennig werde ich dir dafür abgeben, und wenn du nicht binnen fünf Minuten wieder bei der Arbeit bist, lege ich dir noch einen Schilling Buße auf für Zeitversummis dazu!“

„Was, zum Teufel, ist denn das!“

„Vorher ich mich noch von meinem Erkraunen oder vielmehr von meinem Entsetzen erholt hatte, lehnte er sich zu mir und folgte mich ins Zuge.“

„Go“, schrie er, „bist du da ... geh nur mit her zum Fenster, da können sie dir das Maß nehmen ... die Uniform ist schon hier.“

Ein Mädchen nahm mir das Maß und bekam Auftrag, „wie der Donner“ dieses Ding in Ordnung zu bringen und noch vor dem Mittag fix und fertig zu machen, sonst würde sie was erleben.“

„Ich nahm die Uniform in meine Hände und betrachtete das kümmerliche grüne Ding mit dem gewöhnlichen baumwollenen Auszug und fragte mich verunsichert, wie dieses für mich passend gemacht werden könne. Es war um unmaßliches Stück zu klein! Aber der Prinzipal rief mir das Kostüm aus der Hand und warf es über die Nähmaschine.“

„Komm“, sagte er in seinem gemeinen, scheltenden Tone, den er speziel für dieses „Attelier“ anzunehmen schien, „hinunter ...“

„Ich werde dir den Jungen mitgeben, damit er dich ins Cinema führt.“

„Unterzog er mich am Arm in einen Winkel und sagte in drohendem Tone:“

„Du bist heute nicht bei Kitty gewesen, nicht?“

„Ich empfind wenig Reizung, ihn von meinem Tun und Lassen zu unterrichten. Mein Räderwillen gegen dieses Individuum rief von Sekunde zu Sekunde, und ich sagte unwillig:“

„Das geht Sie doch nichts an.“

„Sollt ich mich beistellen! Was für ein frecher Stolz du bist!“

„Abgeschlicher Hungerleider! Geh ich dir darum zu freuen, daß du mir keine aufwändige Antwort geben sollst, wenn ich dich etwas frage.“

(Fortsetzung folgt.)

### Die Garantierung der Schatzwechsel für die Belgier.

Eine bürgerliche Korrespondenz vorbereitet die Meldung, daß vorläufig die Dreiteilung der Garantien für die Schatzwechsel geplant sei, d. h., es soll die Möglichkeit erzwungen werden, daß ein Teil der Garantien die deutsche Regierung übernimmt, während der Rest durch die Reichsbank garantiert werden soll. Diese Meldung enthält jeder Grundlage. Daß sie falsch ist, beweist schon ein Vergleich zwischen der Dreiteilung in der angegebenen Art und der Haltung der Reichsregierung, die es nach wie vor ablehnt, namentliche Summen aus dem deutschen Goldfonds für Garantien herauszunehmen. Es gibt andere handelspolitische und sonstige wirtschaftspolitische Lösungsmöglichkeiten, über die die Reichsregierung nachzudenken will.

### Völkerbundshilfe und Völkerbundskontrolle für Oesterreich.

Die Hilfsaktion für Oesterreich, die durch die persönliche Anwesenheit des österreichischen Bundeskanzlers Seipel in Genf anlässlich der Beratungen des Völkerbundes gefördert werden soll, scheint im Augenblick Aussicht auf Erfolg zu haben. Die Entente beabsichtigt, wie zuverlässig verlautet, der österreichischen Regierung eine Anleihe zu gewähren, deren Höhe zurzeit noch nicht bekannt ist. Diese Anleihe wird Oesterreich jedenfalls mit einer zweifachen Kontrolle bezahlen müssen, indem es sich erstens eine Finanz- und zweitens eine militärische Kontrolle gefallen lassen soll. Die militärische Kontrolle soll durch eine internationale Gendarmerie ausgeübt werden. Ihr Zweck ist angeblich, Oesterreich vor inneren Unruhen zu bewahren.

### Weiter wird s Genf gemeldet:

In einer großen politischen Rede berührte Lord Cecil u. a. eine Anzahl wichtiger Fragen, so die obersteinständige Frage, die Saar- und die Danziger Frage, sowie den deutschen Markt. Er sprach seine Bewunderung über den Abschluss des deutsch-polnischen Abkommens unter Leitung Calonders aus und ging auf die Verhältnisse im Saargebiet ein. Er erklärte, daß an der Neuverteilung der Saar im Jaar-ländigen Gebiet gewisse Zweifel geäußert worden sind. Dies habe allgemeines Aufsehen erregt. Endlich regte er an, daß zur Behandlung der belanderten schwierigen Danziger Frage ein besonderer Ausschuss einberufen werden möge. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging er auf die schwierige wirtschaftliche Krise, die gegenwärtig die Welt, vor allem Deutschland, erschüttert, ein und wies auf den Ernst der durch den Markt zurückgeschaffenen Lage hin, die nach Ansicht unterrichteter Leute dazu führen könne, daß Deutschland in wenigen Monaten dort sei, wo sich heute Oesterreich befindet. Dazu käme die überaus verwickelte Reparationsfrage. Er könne aber keine bestimmte Lösung vorschlagen. Er forderte auf, alle diese Fragen, die das öffentliche Leben vergiften, mit äußerster Aufmerksamkeit zu verfolgen.

### Beginn der neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Gestern sind in Dresden der Vorsitzende der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Ministerialdirektor von Storchmann, und der Vorsitzende der polnischen Delegation, Minister von Ossowski, eingetroffen. Beide hatten alsbald nach ihrer Ankunft eine Besprechung über das Programm der Arbeiten, die heute begonnen haben.

### Die Ukrainer gegen polnische Autonomie für Ostgalizien.

Ein in Lemberg dieser Tage zusammengetretener ukrainischer Nationalrat, der die im Exil lebende national-ukrainische Regierung Petruszewicz als die einzig rechtmäßige Ostgaliziens anerkennt, beschloß sowohl die polnischen Parlamentswahlen zu boykottieren als auch das von Polen geplante Selbstverwaltungs-Komittee abzulehnen, das in Genf vorgelegt werden soll, um den guten Willen Polens zu einer angeblich einwandfreien, den Ukrainern eine nationale und kulturelle Entwicklung ermöglichenden Lösung zu dokumentieren.

Kraukauer Blätter melden gleichzeitig ukrainische Gewalttaten gegen polenfreundliche Gemeindevorsteher.

### Verhaftung des Warschauer Komitees der Kommunistischen Partei Polens.

Die Warschauer Polizei hat das Warschauer Komitee der Kommunistischen Partei Polens verhaftet. Das Komitee war eine illegale Organisation. Bei der Hausdurchsuchung in den Räumen des Komitees wurden eine große Menge von kommunistischer Literatur sowie verschiedene Instruktionen und Briefe, die zwischen Moskau und Warschau ausgetauscht wurden, vorgefunden. (Rußpreß.)

### Die Niederlage der Griechen durch die Türken.

Nach einer Pariser Meldung aus Konstantinopel bestätigt sich das Gerücht, daß die Griechen Rußland geräumt haben. Die Schlacht soll erbittert gewesen sein. Daily News schreibt, es stehe eine große Schlacht zwischen den Griechen und Türken in Kleinasien bevor, die über das Schicksal Smyrnas entscheiden werde. Die letzten in London eingetroffenen Meldungen besagten, daß die Türken immer noch langsam vorrücken, daß die Griechen sich jedoch von der Demoralisation, die auf den großen türkischen Angriff folgte, erholten haben. Die griechischen Truppen hätten eine neue, hart besetzte Linie eingenommen. Es sei jedoch zweifelhaft, ob sie den Fall Smyrnas verhindern könnten.

Der Präsident der Nationalversammlung von Angora erhielt anlässlich der türkischen Siege Glückwünschtelegramme aus verschiedenen muslimanischen Ländern. Der französische Geschäftsträger, Oberst Jouin, sandte ein Schreiben an Mustafa Kemal Pascha.

### Gewerkschaften und Arbeiterpresse in England.

Der englische Gewerkschaftskongress hat beschlossen, das Londoner Blatt „Daily Herald“ anzukaufen und in eigene Verwaltung zu nehmen.

### Kaufereien unter den russischen Monarchisten.

Der russische Oberste monarchistische Rat hat in Belgrad ein Rundschreiben an alle russischen monarchistischen Organisationen veröffentlicht. In diesem Rundschreiben wendet sich der Rat gegen das Manifest des Großfürsten Kirill, in dem dieser sich als Verweigerer des russischen Thrones proklamierte. Der Oberste monarchistische Rat erklärt auf Grund der Beschlüsse des Reichshaller Monarchisten-Kongresses, daß die Erneuerung eines Thronverweigers bis zur Thronbesteigung eines legitimen Monarchen von der früheren Kaiserin Maria Feodorowna abhängt. Der Rat weist ferner darauf hin, daß er sich mehrfach an den Großfürsten Kirill als Nikolaj Nikolajewitsch mit dem Erluchen gewandt habe, dem russischen Reiche ein gesetzliches Oberhaupt zu geben. Des Wunsches des Großfürsten Kirill habe nun einen unerwünschten Gegenstand geschaffen zu allen früheren Handlungen des monarchistischen Rates, der sich auf die Beschlüsse des Reichshaller Monarchisten-Kongresses stütze. Angesichts dieser Lage sei die sofortige Einberufung eines monarchistischen Kongresses notwendig. Bis dahin aber verbietet der Oberste monarchistische Rat kategorisch allen monarchistischen Organisationen, irgend welche Schritte in dieser Frage zu unternehmen.

### 26. Deutscher Ortskrankentag.

Im Festsaal zu Karlsruhe wurde am Sonntag, nachmittags 9 1/2 Uhr, die von allen Teilen Deutschlands, auch dem Saargebiet, sowie den abgetretenen Gebieten Danzig und Oberschlesien beschickte 26. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankentassen eröffnet. Anwesend sind 1200 Delegierte, die über 500 Ortskrankentassen vertreten. Der Verband repräsentiert eine Kassennahl von 1500, die insgesamt 9 1/2 Millionen umfaßt. Die Behörden und Organisationen haben zahlreiche Vertreter entsandt.

Der Verbandsvorsitzende Fräulein, Präsident des Sächsischen Landtages, begrüßte die anwesenden Delegierten und gedachte der dahingehenden Mitarbeiter des Verbandes, darunter des wertvollen Beraters Dr. Blasko. Hierauf erfolgte Begrüßungsansprachen der Gäste. Verbandsvorsitzender Fräulein dankt für die Wünsche und weist unter Betonung der Schullosigkeit des lehrte sich selbst regierenden deutschen Volkes am Kriege — die einstmaligen führenden Regierungsbeamten befinden sich ja teilweise gar nicht mehr auf deutschem Gebiet — darauf hin, wie sehr durch die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse das Volksleben und auch die Krankenversicherung gefährdet wird. Die Krankentassen sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Wenn ihnen neue Kräfte einfließen werden, müssen ihnen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir verlangen, daß uns in diesen schwierigen Zeiten die Hände freigegeben werden, um rasche Maßnahmen treffen zu können. Gerade in dieser Richtung liegt der Schwerpunkt der Tagung. Weiter müssen wir die Forderung der Zentralisierung der Krankentassen erheben. Wir müssen uns mit Schärfe gegen den Separatismus unter den Krankentassen, vor allem gegen die Erntekassen, wenden. Hier muß der Reichstag das Interesse der Ortskrankentassen wahrnehmen. Wir fordern die restlose Beseitigung der Erntekassen. Vor allem muß es den Krankentassen freigegeben werden, ob sie die ärztliche Hilfe in natura oder in Barleistung gewähren wollen.

Geschäftsführer Lehmann-Dresden gibt den Geschäftssicht, wobei er eingangs erklärt, daß der Zusammenschluß der Krankentassen in eine große Organisation eine Lebensfrage darstellt. Die Selbstversicherungsorganisation hat eine ganz außerordentliche Entwicklung angenommen. Der Hauptverband ist der Ansicht, auch der weiteren wirtschaftlichen Tätigkeit der Krankentassen Förderlichkeit zuwenden zu müssen. Auch dem Arbeitsmarkt ist größte Beachtung zu schenken. Neben der Brutungsstelle für Krankenversicherungen ist eine solche für Arbeitslosen zu errichten. Die Forderung einer einheitlichen Gebührenordnung für die Ärzte scheint weitgehend bew. ganz in Erfüllung zu gehen. Schwierigkeiten bestehen bei Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Verbänden der Zahnärzte. Notwendig ist, daß sich die Kassen erneut damit befassen, Vereinbarungen über gemeinsame Abkommen zu treffen. Mit besonderem Nachdruck müssen wir verlangen, daß nicht die Krankentassen zum Nachteil aller sozialen Kräfte gemacht werden. Wir müssen uns dagegen wenden, daß ihr die wertvollsten Kräfte weggenommen werden. Wir können keine Zerstückelung der Krankentassen im Augenblick erlauben, in dem sie sich kaum mehr am Leben erhalten können. Die Novelle zur Reichsversicherungsordnung läßt eine Reihe von uns geäußerten Wünschen vermissen. Wir haben in dieser Hinsicht zahlreiche Anregungen gegeben, mit denen sich der Reichstag befassen muß. Die Vergütung für die Einziehung der Sozialversicherungsbeiträge ist so niedrig, daß sich selbst verschaffen werden müßte. Die Landesversicherungsanstalten stellen den Krankentassen eine andere Behandlung zuteil werden lassen. Die bisherige Behandlung lassen wir uns nicht mehr gefallen. Den Krankentassen muß insoweit der Geldwert der letzten Wochen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Einnahmen entsprechend zu erhöhen. Die Ausgaben für Sachleistungen haben sich gewaltig gesteigert. Dagegen sind die Krankentassen nicht zu niedrig. Wenn sich die Krankentassen über die zu niedrigen Leistungen der Krankentassen an Krankengeld beschwerten, so ist darauf hinzuweisen, daß dies nicht Schuld der Krankentassen ist, sondern einer verkehrten Gesetzgebung. Es muß die sofortige Möglichkeit einer Beitragserhöhung gegeben werden, weil sonst eine Katastrophe droht. Ein Höchstmaß des Grundlohns mit 180 Mark genügt nicht mehr. Wird nicht sofort eingeschritten, so stehen viele Kassen vor der Gefahr, schließen zu müssen. Die Höchstgrenze sollte überhaupt beseitigt werden. Weiter ist die Erhöhung der Beitragsgrenze für Anwerfstellte notwendig. Wichtig ist auch die Krankenhausfrage. Die Krankentassen-Versicherungsjahre übersteigen heute die Ausgaben für ärztliche Behandlung, weshalb sich die Kassen mit dieser Frage gründlich befassen müssen. Den Krankentassen muß Gelegenheit gegeben werden, die Ausgaben der Krankentassenverwaltung nachprüfen zu können. Die Stadterwartungen haben die Pflicht, die Krankentassen zu unterstützen und sind nicht berechtigt, diese Kräfte den Krankentassen aufzubürden. Bezüglich der Entschädigungsfragen ist man gegenüber den Beratungen im Zentralverband der Angehörigen zu der Auffassung gekommen, daß eine bestmögliche Regelung einer zentralen Regelung vorzuziehen ist.

In der Vorgesprache württembergischer Haus-Düsseldorfer, daß Häften bei der Umgestaltung vermeiden werden. Er verlangt den Zusammenschluß aller Ortskrankentassen und fordert Einbeziehung des Mittelstandes in die Versicherungspflicht. Weaner-Mainz fordert gleichfalls Zentralisierung der Krankentassen. Wittenberg-Königsberg verlangt vom Hauptverband stärkere Bekämpfung der Erntekassen und württembergischer Regierung. — In seinem Schlusswort bestritt Lehmann-Dresden, daß der Hauptverband in der Erntekassenfrage nicht genügend zur Abwehr getan habe. Die Kassen müssen den Vorstand in dieser Frage unterstützen, woran sie es haben lassen müssen. Der Hauptverband erstreckt eine Beitragsgrenze für die Zahlungen der infolge der Grundlohn-erhöhung zu zahlenden höheren Leistungen. Belastungswert ist die häufig anzutreffende Engherzigkeit und Kleinlichkeit mancher Landesversicherungsämter als Aufsichtsbehörde der Kassen. Die Landesversicherungsämter Dresden, Groß-Berlin und Esfurt zeichnen sich darin besonders aus. Die wohlwollende Kritik der Diskussion beweist die Zustimmung zur Tätigkeit der Geschäftsführung.

Prof. Dr. Wink-Erlangen hält nunmehr seinen Vortrag über die Röntgen-therapie, die, wie er hervorhebt, als junge Wissenschaft um ihre Anerkennung ringt. Technische und medizinische Erfindung war für die Vornahme der Röntgen-therapie die Voraussetzung. Für den Röntgenbetrieb sind besondere Laboratorien mit modernen Maschinen erforderlich. Weiter sind zu beachten die für die Gefahren der Bestrahlungen nötigen Schutzmaßnahmen und Einrichtungen. Der Erfolg der Röntgen-therapie liegt in der richtigen Dosierung der Strahlenmenge. Die Unterdosierung bringt nur Schaden. Im Röntgen-therapeuten müssen sich Physiker, Techniker und Arzt vereinen. Die Bestrahlung eines zu bestrahlenden Objektes spielt eine ausschlaggebende Rolle. Zur Behandlung mit Röntgenstrahlen eignen sich besonders Krebskrankheiten; außerdem vor allem Eierstockblutungen. In eingehender Weise lehrt der Redner die verschiedenen Krankheitsarten und Behandlungsmethoden auseinander. Die Einwirkung der Röntgen-therapie muß nach Größtmöglichkeit führen. Bei den großen Erfolgen müssen die Krankentassen diese Entwicklung in höchste Berücksichtigung ziehen. Deshalb müssen alle Kräfte zusammengebracht werden, um die wunderbare Therapie wahrhaft in den Dienst von Volk und Staat zu stellen. Angesichts der Wichtigkeit muß die Therapie unter Gelehrte gestellt werden. Aus den Konsequenzen der Röntgen-therapie ergibt sich die Notwendigkeit des Interesses der Krankentassen für die richtige Durchführung der Röntgen-therapie und für die Sicherung der Gewähr für wirklich notwendige Fälle.

### Ein orthodoxer Vorstoß in der evangelischen Kirche abgelehnt.

Die verfassunggebende Kirchenversammlung hat heute mit 128 gegen 78 Stimmen auch die von der Ausschuss-Mehrheit beantragte Fassung des Bekenntnisses (Akanien) der Kirchenversammlung abgelehnt. Damit fallen sämtliche vorläufigen Fassungen des Bekenntnisvorschlages. (Die vorgeschlagene Formel war ganz eng orthodox. Red.)

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband.

Dem Büro des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes Margaretenstraße 17, III geht uns nachstehende Notiz zu: Durch die heutige Tagespresse geht eine Notiz, in welcher die Gründung einer neuen Arbeitnehmer-Organisation im Bekleidungs-gewerbe gemeldet wird. Da sich diese Neugründung den Namen „Bekleidungsarbeiterverband“ angeeignet hat, haben wir, um Irrführungen vorzubeugen, nachstehendes zu erklären:

Der frühere Geschäftsführer der Filiale Breslau, Herr Heinrich Baal, ist vom Münchener Verbandstag seines Volkes entbunden worden und im nachfolgenden wegen begangener Unregelmäßigkeiten in seiner Geschäftsführung aus der Organisation ausgeschlossen worden. Herr Heinrich Baal sucht nun durch Neugründung einer lokalen Organisation sich eine neue Existenz zu schaffen. Wir wüßten sonst nicht, was die Neugründung für einen Zweck hätte. Die Tarifabschlüsse in den maßgebenden Branchen werden zentral getätigt, eine lokale Organisation hat demzufolge nicht den geringsten Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie würde also nur den einen Zweck haben, daß ihre Mitglieder ihre Beiträge los würden, ohne daß eine dementsprechende Gegenleistung gewährleistet wird. Sollten Angehörige unseres Verbandes in diese Organisation übertreten, verlieren dieselben ihre statutarischen Rechte und würden bei eventueller Rückkehr als neu aufgenommenen Mitglieder betrachtet werden müssen. Wir warnen demzufolge alle unsere Mitglieder, sich dieser Organisation anzuschließen, da dadurch die Aktionsfähigkeit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für die örtlichen Tarife geschwächt wird.

Das Büro des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes befindet sich nur Margaretenstraße 17, III, Zimmer 66/67.

#### Verband der Maler!

Nach dem Schiedspruch des Landestarifamtes betragen die Löhne für Breslau ab 2. September 42,50 Mark pro Stunde und ab 17. September 44,10 Mark pro Stunde. Die Arbeitgeber wollen diese verhältnismäßig geringen Löhne noch nicht einmal zahlen, sondern für den ganzen Monat September nur 40 Mark pro Stunde.

Wir fordern die Kollegen auf, unbedingt bei der nächsten Lohnzahlung die Löhne des Schiedspruches zu verlangen und wo nicht gezahlt wird, sofort der Filialverwaltung zu berichten. Wenn in den nächsten Tagen die Differenzen im Malergewerbe zum Austrag kommen müssen, dann tragen die Arbeitgeber die Verantwortung dafür. Die ausgesprochenen Lohn-erhöhungen bedecken lange nicht die gestiegenen Ausgaben für den Lebensunterhalt und müssen nach den vorliegenden Indizes noch höher sein, deshalb ist der im Schiedspruch festgesetzte Lohn das Mindeste, was gezahlt werden muß.

#### Wichtig, Mitglieder der Gesellenauschüsse!

Donnerstag, den 14. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vorkongress. Vortrag des Kollegen Kuntze: „Der Kampf um die Neugestaltung des Lehrlingswesens.“ Zu dieser überaus wichtigen Sitzung ist das Erscheinen aller Gesellenauschussmitglieder erforderlich. Der Obmann.

### Aus aller Welt.

#### Eine Eheberatungsstelle in Wien.

In der österreichischen Hauptstadt ist die Errichtung einer Eheberatungsstelle in Aussicht genommen, der das Recht zusteht, fakultative Eheverträge zu erteilen. Zunächst soll ein Arzt angestellt werden, der verpflichtet sein wird, jeden Ehepartner, der sich an die Stelle wendet, gesundheitslich zu untersuchen und ihm, je nach dem Befunde, ein Gesundheitszeugnis auszustellen oder ihm zu einer Verzichtung der Ehe oder zum Verzicht zu raten. Für kompliziertere Fälle ist eine kleine Kommission in Aussicht genommen.

#### Die Brieftaube als Lebensretter.

Die lebensrettende Tätigkeit der Taube, die sich schon in der Geschichte von der Arche Noah so schön bewährt hat, tritt jetzt von neuem in Geltung in den Tagen der Luftfahrten. Der Führer eines Wasserflugzeuges, der im Mitteländischen Meer in der Nähe des Baderies Antibes an der Riviera infolge Propellerbruchs in eine schwierige Lage geraten war, ließ eine Brieftaube aufsteigen, um Hilfe herbeizurufen. Sofort nach der Ankunft der Taube brachten verschiedene Boote und Flugzeuge von Antibes auf, um den Führer und seine Passagiere aus der gefährlichen

#### Unsere Wärsa.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	6. 9.	5. 9.
111 amerikanische Dollar	1249,43 Mt.	1423,21 97.
1 englisches Pfund	5642,60	6516,60
1 französischer Franc	109,87	—
1 holländischer Gulden	494,38	564,29
1 Schweizer Franken	239,70	—
100 österreichische Kronen	1,73	1,88
1 schweizerische Krone	45,44	51,18
1 dänische Krone	271,16	309,61
100 polnische Mark.	17,30	18,25

Zu jeder Jahreszeit wird es bei Jung und Alt gern gesehen, wenn als erfrischende Nachspeise ein



**Oetker Pudding**  
auf den Tisch kommt. Mit frischen gekochten oder eingemachten Früchten, mit Rhubarber oder mit Fruchtsaft angerichtet, ist dies zugleich eine nahrhafte und gesunde Speise. Der besonders Zusatz von knochenbildenden Salzen in Dr. Oetker's Puddingpulver macht diese zu einem hervorragenden Nahrungsmittel für heranwachsende Kinder, und sollte dessen so oft als möglich vorgesetzt werden.

### Dr. Oetker's Puddingpulver

kommen niemals lose, sondern nur in Originalpaketen mit der Schutzmarke Oetker's Puddingpulver in den Handel.

# Führende Häuser des Breslauer Großhandels (2. Fortsetzung)

## ERNST SPRUNG

Herrenhut-Großhandlung  
Telephon Ring Nr. 9045 **BRESLAU** Kaiser-Wilhelm-Straße 32

## Louis Silberstein

Breslau 3, Freiburger Straße Nr. 36  
**Stroh- und Filzhutfabrik**

## Siegmund Blaschke

Leder-Großhandlung **Breslau 7**, Höfchenstr. 84 Telephon Ring 2537 und 5993

## Maschler & Klarenmeyer

Pelzwaren — Sportpelze — Damenpelze — Pelz-Kragen und Muffen — Pelzbesätze  
**Breslau 1**, Karlstraße 32 • Telephon Amt Ring Nr. 10360



**Richard Busch & Co., G. m. b. H.**  
Breslau III, Freiburger Straße 32, Fernsprecher Ring 11696  
„LIGA“-Gummi-Sohlen, Gummi-Absätze

## Goldner & Altmann

**Breslau** Karlstraße 36 **Berlin** Kaiser-Wilhelm Straße 44  
Tücher / Wollwaren  
Decken / Trikotagen  
Engros Export

## Schlesische Ein- u. Verkaufs-Gesellschaft für Fleischerei-Produkte m. b. H.

Darm Tals Gewürze  
Telephon Ring 1179 **BRESLAU 6** Nikolaistadtgraben 18

## Sandberg, Schottlaender & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Telephon Ring 2529 **BRESLAU** Graupenstraße 2/4

## Arnold Weiß

Strumpfwaren Trikotagen Seidenbänder  
Fernsprecher: Ohle 6268 **Breslau 1** Schweidnitzer Straße 45b

## Gebr. Lippmann & Cohn • Breslau

Herrenkleider-Fabrik • Tuchgroßhandlung  
Karlstraße Nr. 50 Telephon Ring 2540

## Abramsohn & Lippstädt

Herrenkleiderfabrik

**BRESLAU 1**  
Reuschestraße 20/21  
Fernsprecher Ring 9018 : Telegramm-Adr.: Alib

Jedes Buch und alle Zeitschriften  
besorgt die

**Volkswacht-Buchhandlung**  
Breslau 5, Neue Graupenstraße 5

## Julius Löwy, Breslau 1

Stroh- und Filzhut-Fabrik

**BRESLAU 1**  
Reuschestraße 47/49 = Fernsprecher 10767

## Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz. G. Ohne Gewähr.

### Abfahrt Oderfer-Bahnhof Ankunft

#### Richtung Oels.

Oels 430 W 622 145 Mi. u. Mittw. u. 233 Sa.  
Freyhan 525 533 925  
Königsbrunn-Kattowitz 627 1007 254  
623 und 815 E  
Militzch Sonnabend 516  
Kreuzburg 1120

#### Vorortzug:

Hundsfield 123 W

#### Richtung Trebnitz.

643 1142 123 720 1120

### Abfahrt Kleinbahn Ankunft

Breslau—Trebnitz—Prausnitz.  
Prausnitz 710 622  
Hochkirch 1045  
Trebnitz 200 1120 Mittwoch, Sonntags und  
Festtage  
Wiese Sonntags 235

#### Richtung Oels.

Namslau 702 Sonntags  
Oels 703 800 Mi. u. Mittw. 526 Sonnabend 1021 S  
Freyhan 831 1140 1123  
Kattowitz 938 1026 209 541 1155  
Kreuzburg 523 W  
Militzch 1041 Sonnabends

#### Vorortzug:

Hundsfield W 309

#### Richtung Trebnitz.

630 905 150 929 928 S 939

#### Prausnitz—Trebnitz.

Hochkirch 630  
Prausnitz 827 610  
Trebnitz 125 1099 Mittwoch, Sonntags und  
Festtage.

Reserviert

für  
B. Perl junior, Nachfolger

## Für Massenaufgaben von Drucksachen Rotationsdruck

größte 64seitige Maschine im Osten

## Volkswacht-Buchdruckerei

Breslau 2, Flurstraße 4-6

## Goldstein & Aronsohn

Fabrikation von Blusen und Kleidern

**BRESLAU 1**  
Telephon Amt Ring 8784  
Schweidnitzer Straße Nr. 43b, Eingang Hummerel

## M. Berger & Co.

Strumpfwaren-Ausrüstung

**Chemnitz** **Köln** **Bitburg (Eifel)**  
Einkaufshaus Lager, Passage 33 Strickerei  
Ständiges Lager: **BRESLAU**, Neudorfstraße 11, Telephon Nr. 7283

## Max Cohn & Co., Breslau

Kurzwaren — Garne — Knöpfe  
Neue Weltgasse 6/10 — Fernsprecher Ring 6544 und 6545

## H. L. Günther

Gegründet 1826

Spekulation — Speicherei  
**Sammelverkeire**  
Speicher mit Gleisanschluss  
Breslau 6, Friedrich-Wilhelm-Straße 3

## Georg Brinnitzer

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Breslau, Reuschestraße 16/17, Telephon Ring 449

## Brauer & Schwartz, Breslau

Reuschestraße 20/21 / Fernsprecher Ring 5480  
**Wäsche- und Schürzen-Fabrikation**

## Hermann Kalischer

**Tuchgroßhandlung**  
Breslau, Karlsplatz 4 — Telephon Ring 1765

## Nothmann & Jacob, Breslau

Wallstraße 11 — Nikolaistraße 10/11 — Fernsprecher Ring 2868  
Haus- und Küchengeräte-Großhandlung — Glas — Porzellan — Steingutwaren

## Josef Salomon • Strumpffabrik

Woll- und Trikotagen-Großhandlung  
**Berlin 6** **Breslau** **Apolda**  
Lützenstr. 58/59 Dessauerstr. 1, Telephon Ring 5841 Alexanderstr. 23

## Wäschefabrik Silesia

Fritz und Georg Kuzni, Breslau, Teichstraße 24 (in der Nähe der Gartenstraße)  
Sport- und Oberhemden nur eigener Fabrikation

## Marek & Co.

Inhaber: **Theodor Marek**  
**BRESLAU 10**, Beltafelstraße Nr. 15  
Fernsprecher: Amt Ring 5094  
Aerztliche Artikel, Verbandstoffe, Gummiwaren  
Chirurgische Instrumente, Krankenhausartikel

## H. Windmüller

**Breslau 1** **Schloßhölle 11** **Spezialgeschäft**  
Telephon Ring 3377 Gegründet 1874 für Sattler- und Wagenbauleder

## Hans Tworoger, Breslau

Herrenstraße 17/18 = Telephon Ring 10843  
Wattierleinen / Taschenfutter / Bohnessel / Aermelfutter / Genua-Cords etc. en gros

## Schlesinger & Grünbaum

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Telephon Ring 735 u. 298 **Breslau 11** Büttnerstraße 32/33

Reserviert

## J. Schlamme & Co.

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Breslau 1 — Schweidnitzer Straße 31 — Telephon Ring 1515 — Gegründet 1880

## Ball, Bromberger & Co.

Breslau 1, Schweidnitzer Straße 31 • Telephon: Amt Ohle 378  
**Nosenfabrik** Spezialität: **Brosches**

## Dalkmann & Seidenberg

Breslau 2, Graupenstraße 5-7  
Tischdecken, Kissen- und Zierarbeiten

## Sandberg, Sperling & Singer

Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik  
Schmiedehof Nr. 1516, Eingang Kupferhüttenstraße 41 = Telephon Amt Ohle Nr. 1157

## Max Jacobowitz

Schuh-Leder en gros  
Freiburger Straße Nr. 24

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. September.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend 8 Uhr, Sitzung des erweiterten Parteivorstandes im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3. Es darf kein Distrikt fehlen.

Parteigenossen in der Metallindustrie!

Auf, ruft die Lage noch zu intensiver Agitation für die Partei und die Volkswacht!

In allen Betrieben und Werkstätten werbt sofort und ununterbrochen.

Warum ist die Einigung der sozialistischen Parteien notwendig?

Das ist das Vortragsthema der am Montag, den 11. September, stattfindenden Distrikts-Versammlungen.

Die Behandlung dieser aktuellen Frage dürfte gewiß alle Parteigenossen und Genossinnen veranlassen, in eine der 40 Versammlungen zu gehen.

Jeder halte sich für den Abend frei.

Weltliche Sch... Anmeldung sofort; vorläufiger Schluß der Anordnungen Sonnabend, den 9. September, abends 8 Uhr.

Distrikt 22. Die Abrechnung der Karten zum Sonnabend-Vergnügen durch die Bezirksleiter muß spätestens Freitag abend um 8 Uhr im „Feldschloßchen“ erfolgen.

Distrikt 38. Freitag, den 8. September cr., abends 8 Uhr, findet im Distriktslokal Gräblicher Str. 113, eine wichtige Funktionärerversammlung statt. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

Die Kommunisten spekulieren auf die Verzweiflung.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ ist heute trotz ihrer geringen Auflage, des fast völligen Fehlens von Annoncen, auch von Seiten der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen und einzelner proletarischer Konsumenten, in einer eigenen Druckerlei erschienen, nachdem ihr gestern, wie sie mittels ihr bürgerlicher Drucker den Druck verweigerte. Schon der Aufmarsch einer ganzen kommunistischen Rednerschule mit einheitlich uniformiertem Disziplinschema in unserer letzten Breslauer öffentlichen Versammlung gegen die Klassenjustiz zeigte, daß die KPD infolge der steigenden Wirtschaftsentwicklungen auch in Schlesien wieder einmal ihre Zeit für günstiger ansetzt. Die plötzliche Errichtung der Druckerlei zeigt, daß diese Bemühungen von sehr geldkräftiger Seite unterstützt werden müssen, da die schlesischen Kommunisten selber mit ihrer winzigen Organisation das nicht geleistet haben können, und die Organisation der KPD im Reich im ganzen nicht viel besser steht. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Kommunisten durch Anträge beim Breslauer Amtsgericht uns hindern wollen, zu erklären, wo diese Geldquellen herkommen mögen. Das tun dieselben Kommunisten, die jedes Bestreben um Reform der Klassenjustiz gleichzeitig für aussichtslos erklären, gegen eine sozialistische Zeitung. Sie müssen alle Ursache dazu haben. Schreiben sie doch in der letzten „Arbeiterzeitung“ erneut auf unsere Anfrage:

Wir haben gar keine Ursache, ihnen darüber (die Herkunft der Millionen, Red.) Aufklärung zu geben.

Anschließend wird dann in einer Darstellung eines geschäftlichen Konkurrenz-Kampfes, den die Kommunisten mit den Heimattreuen um eine Privatdruckerlei geführt haben, behauptet, in der kommunistischen Geldquelle „verörpere sich die Opferlosigkeit und Energie der Kommunisten im Reich“. Mehr als diese maßlose Andeutung riskiert aber die „Arbeiterzeitung“ selber nicht. Wenn sie behaupten will, die Kommunisten im Reich hätten ihr die Mittel zur Verfügung gestellt, so fordern wir sie auf, einmal die Mitgliederzahlen und die Beitragshöhe ihrer Partei mitzuteilen, wie SPD, und USV, das jedes Jahr tun. Es wird sich dann herausstellen, daß jedes Arbeiterkind, das auch nur das kleinste Einmaleins gelernt hat, über die Behauptung lachen muß, dieser von dunklen Geldquellen ausgehaltene Parteizustand sei in der Lage, heute eine einzige Zeitungsdruckerlei aus eigener Kraft neu zu gründen. Es müssen also andere Interessenten sein, die mit den Kommunisten auf die wachsende Verzweiflung der breiten Massen und auf Verzweiflungsakte, wie sie die Kommunisten empfehlen, spekulieren. Diese Interessenten aber bleiben ungenannt im Hintergrund. Warum?

Eine Uebersticht über den Inhalt der ersten wiedererschienenen Nummer läßt immerhin gewisse Vermutungen zu. Ein einziger kleiner Beitrag wendet sich politisch gegen rechts. Er beginnt am Ende der zweiten Seite und bespricht ganz oberflächlich Stinnes' neues Abkommen mit den Franzosen, ohne dessen gerade für Arbeiter so interessanten Inhalt, mit dem wir uns bereits in der Stinnespolitik kompromittieren konnten, auch nur anzudehen. Die gesamte „Schlesische Rundschau“ und der gesamte lokale Teil wendet sich nur gegen die Sozialdemokratie. Unser Genosse Kuttner wird ein „Ignorant“, ein „gewissenlosiger kapitalistischer Agent“, ein „nichts würdiger Verleumder“ usw. genannt, nur weil er gegen die Klassenjustiz kämpft und dabei in ein paar Worten sich gegen den Verdacht äußerte, an Stelle deutscher Klassenjustiz russische Gängelung gegen Sozialisten zu empfehlen. Auch die kommunistischen Rednerschüler in der Diskussion werden übrigens wegen Mißerfolg gerüffelt. Die von Kuttner angeführten Tatsachen, wie Radbruchs umfassende Kommunistenbegnadigungen und positive Reformarbeiten im Interesse der arbeitenden Klassen werden restlos unterschlagen. Im Haß gegen die erste revolutionäre russische Regierung wird dieser dagegen ein breiter Raum gewidmet und ihr sogar ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie mit dem vormaligen Lüdenborff nicht unbedingt zum Frieden kommen wollte. Die Unterzeichnung des Schandfriedens von Brest-Litowsk wird also von deutscher proletarischer Seite als vorbildlich hingestellt, worauf sich sicher die deutschnationalen Presse nächstens berufen wird. Kein Wort zur Widerlegung von Kuttners der amtlichen russischen Statistik entnommenen Zahlen über Rußland! Kein Wort etwa auch an sachlicher Kritik sozialdemokratischer Rechtspolitik. Die Kommunisten haben außer ihren paar ewigen iaktischen Phrasen ja keine Vorbereitung für eine wirkliche Ausübung der Macht, nach der sie streiten. Wenn einige wenige von ihnen früher in der alten Sozialdemokratie tätig waren, wie das der Kadaverheld Delsner in einer langen Selbstbeweihräucherung, die die „Arbeiter-Zeitung“ druckt, von sich nachzuweisen sucht, so gibt er sich gegenwärtig die größte Mühe, durch Verleumdung aller Grundzüge von Selbstdisziplin der Arbeiterbewegung, das nagenessen zu machen. Amüsanter ist in diesen Lebenserinnerungen nur die Behauptung, Delsner habe auf seinem jetzigen Posten auf Grund des Vertrauens seiner Partei-

genossen. Die 21 Bedingungen von Mostau erklären doch klipp und klar, daß es auf dieses Vertrauen gar nicht ankommt, sondern auf das Vertrauen der übergeordneten Instanzen. Die Arbeiter, die noch Mitglieder dieser Partei sind, bekommen keinerlei Kontrolle über ihren Aufbau. Sie sind blinde Werkzeuge dunkler Mächte, die selbst ihre Verzweiflung noch ausbeuten. Gegen die Kommunisten zu kämpfen, ist also für die neugeeinten Sozialisten kein Kampf gegen links, sondern nur der Kampf gegen einen weiteren Gegner, der die Auflösung der Arbeiterchaft selbst, von der wir alles erwarten, hintanhält und also schon dadurch reaktionär wirkt.

Sonntag, 10. September vormittags 9 1/2 Uhr:

Feierliche Enthüllung der Lassalle-Gedenktafel am Geburtshaus Ferdinand Lassalles am Karlsplatz.

Massenhörde der Arbeiterfänger wirken mit. Die Weiberebe hält Eduard Bernstein. Voraussichtlich wird auch der Genosse Paul Löbe anwesend sein. Programm und Aufführung wird in nächster Nummer bekannt gemacht.

Politik in der Schule.

Ein Schüler der Oberstufe der gewerblichen Fortbildungsschule schreibt uns: Am Montag las uns Herr Lehrer Bardelle einen Zeitungsartikel über die Preise vor und nach dem Kriege vor. Darauf sagte er: „So schreiben die Sozialdemokraten, die vor drei Jahren gesagt haben, wenn wir die Freiheit haben, so haben wir billiges Brot und billige Milch in Hülle und Fülle.“ Ebenso sagte er: „Es ist Quatsch, wenn die Leute sagen: „Nie wieder Krieg“; wie sich die Leute streiten, so streiten sich die Staaten, indem sie Krieg führen. Vielesicht haben wir schon in zwei Jahren Krieg.“

Denkende Schüler werden sich wohl fragen, ob die Ansichten des Herrn Lehrers richtig sind, und vor allem auch, ob sie zu unserer gewerblichen Fortbildung beitragen.

Hölz in Breslau.

Der Putzmeister Max Hölz, der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt ist, und jetzt von Münster nach Breslau zur weiteren Verbüßung der Strafe überführt wurde, ist abermals in den Hungerstreik getreten. Hölz verlangt in einem Aufzug von seinen Freunden, daß sie keine Forderung erörtern. Erstaunlich ist es doch, daß auch die Presse der KPD diese Kundgebung abruft. Zurzeit des Hölzigen Bütches im Bogtand ist die „Rote Fahne“ in Berlin mit allen ihren Ablegern doch immerhin noch so weit gewesen, daß sie das Wändern von Willen und das Teilen der Vermögen von einzelnen reichen Leuten, wie Hölz es verfuhrte, als etwas von sozialistischer Politik meilenweit Entferntes abtun. Damals bekam sie allerdings bekanntlich von der KPD, dafür schwere Vorwürfe und jetzt sind die Kommunisten soweit, den anarchischen Wünderhütern Hölz in einem Atemzug mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu nennen. Ein Zeichen von der Verwilderung der Gehirne.

Dem Gesangsbeitrag gegenüber haben übrigens Gesangene in Breslauer Gefängnis dieser Tage über eingetretene Erschwernisse geklagt, jedoch dieser der Verwaltung Erleichterungen anempfohlen hat. Sollte das etwa mit der geplanten Einlieferung des lebenslänglichlichen Hölz und dem kommunistischen Rummel der letzten Wochen um Hölz zusammenhängen? Mühte man Hölz gerade nach Breslau bringen? Und sollen wegen dem kommunistischen Rummel strengere Ueberwachungsvorschriften für alle Gefangenen gelten? Es ist leider immer so, daß sich die kommunistische Unvernunft zum Schaden vieler Bedauernswerter auswirkt.

Der große und kleine Saal des Gewerkschaftshauses ist an einigen Sonnabenden und Sonntagen für Vergnügen noch zu vergeben.

Tollwutverdächtige Hunde im Kreise Breslau haben nach amtlicher Meldung durch Bismarck in der abgelaufenen Woche vom 27. August bis 2. September in Schiedsag 1 Person, in Wessig 1 Person, in Bismarck 1 Person, in Loh 1 Person, in Knieg 1 Person verlegt.

Das erste Arbeiter-Turn- und Sportfest geht am Freitag, den 8. Montag, den 11., Dienstag, den 12. September, im Frlm im Schlegelwerderaal auf die Leinwand, am Sonntag, den 10. September, nachmittags 6 Uhr, im Saale der Paulusgemeinde, Striegauerplatz für die Kinder der Westvorstadt, um 8 Uhr für Erwachsene, soweit Platz vorhanden ist. Vorverkauf hierzu bei den Vertrauensleuten.

Lungenentzündung. Wie amtstierärztlich festgestellt worden ist, ist unter dem Rindviehbestande im Grundstücke Walfischstraße Nr. 5 die Lungenentzündung ausgebrochen, und das Gehöft ist infolgedessen gesperrt worden.

Der Verein Breslauer Detaillisten hält am Freitag, den 8. September, abends 8 Uhr, im kleinen Saal der neuen Börse, eine Versammlung ab. Stadtoverordneter Hugo Frey wird zur Aufklärung einen Vortrag halten, über: „Preisbildung im Einzelhandel und Wucher“. Auch die Frage über das Auslaufen durch Ausländer wird zur Besprechung gelangen.

Eisballett in Breslau. Ein sensationelles Gastspiel steht bevor. Das berühmte Eisballett-Ensemble des Berliner Admiralspalastes wird Anfang September in Breslau eintreffen, um im Zirkus Busch, der vorübergehend zum Eispalast umgewandelt wird, die großen Ballettdantomen, die seinen Weltkurz begründeten, zur Aufführung zu bringen. Das unter der Leitung des Direktors Alex Nordheimer stehende Ensemble ist aus den ersten Kräften des Admiralspalastes zusammengesetzt, an der Spitze Gertrud Ehrlich, Gertrud Dink, Gerda Blaumann, Margarete Stenert, Gertrud Lewicki, Bob Laenge, Hans Gungowski, den besten Vertretern des Ensembles, jener eigenartigen Kombination von Tanz und Schiffschulaußen, die an Grazie, Weichheit der Linien dem gewöhnlichen Tanz so außerordentlich überlegen ist. Das Gastspiel, welches wegen anderweitiger Verpflichtungen nur von kurzer Dauer sein kann, bringt zur Eröffnung das Ballett „Die lustige Puppe“ von Leo Baryschel mit der Musik von Julius Einodshofer, das in Berlin 592 Aufführungen erlebte in der kostbaren Berliner Ausstattung, die eine Schauspielerrolle an sich bildet auf der künstlichen Eisfläche.

Ringkämpfe im Zellgarten. Die Mittwochskämpfe, welche wegen schlechten Wetter im Saale ausgetragen werden mußten, brachten recht interessanten Sport. Schiffat-Rönigsberg, der die Aufgabe hatte, den Deutsch-Amerikaner Brown-Schmidt zu besiegen, erlebte sie in voller Zufriedenheit. Es war wiederum für alle eine besondere Augenweide, dem jugendlichen Meister in seiner vollendeten Ringkampfkunst zuzusehen; er rief und zwang mit einer Wucht, gegen die ein Widerstand fast zwecklos ist. Auch Brown-Schmidt wurde nach einer Belamzeit von 1 Stunde 32 Minuten das Opfer eines Ueberwurfs, wie alle seine anderen Gegner. Bergla-Oppeln und van Berg-Mannheim legten sich von Anfang an hart ins Zeug, konnten aber bis zum Eintritt der Polizeihunde nicht miteinander fertig werden. Heute Donnerstag ringt als erstes Paar der Breslauer Carl Galt, sein Gegner ist der Mannheimer van Berg, welcher sich den ersten Kampf erdelt hat, da beide noch nie Gelegenheit hatten, miteinander zu kämpfen. Zweiter Kampf Entschcheidungskampf Toronow-Finnland gegen den starken Karisch-Schleien.

Stadtheater. Donnerstag, 7 1/2 Uhr, „Cavalleria rusticana“ mit den Damen Dannenberg, Janssen, Neßch und den Herren Kuhl, Rudow, hierauf „Der Bajazzo“ mit Frau Wabl und den Herren Baron, Korch, Maier, Neumann. Musikalische Leitung Ernst Neßlich, Spielleitung Julius Wilhelm. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, neu einstudiert „Orpheus und Eurydice“ von Gluck. Sonnabend 6 1/2 Uhr „Rienzi“.

Alle Bemühungen, einen geeigneten Vertreter für die neben Herrn Hauschild nach freie Stelle im Tenorbüffofach zu verpflichten, sind fehlerlos. Es ist der Intendant nun gelungen, Herrn Hans Baron, der von seinem früheren Engagement bei noch in bester Erinnerung stehen dürfte, als Gast für die Dauer der Spielzeit zu gewinnen.

Vereinigte Theater. Im Lobetheater gelangt heute und in den nächsten Tagen Karl Sternheims satirisches Lustspiel „Die Hölz“ zur Wiederholung.

Frliatheater. „Die drei Zwillinge“. In Vorbereitung für Sonnabend das in Berlin mit großem Erfolge zur Darstellung gelangte „Heitere Ehepaar“ in drei Akten von Richard Schuler „Der Schalkentänzer“. Die Regie führt Ludwig Berg.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Kaufmanns erfolgreiche Operette „Die Bajadere“ wird heute und täglich in der bekannten Besetzung wiederholt. Sonntag nachmittags „Die Frau im Hemd“ mit Emma Curs, Elli Ritche, Hans Forsten, Hellmuth Hallendorf, Albert Hugelmann in den Hauptrollen.

Stadttheater.

„Hölz.“ Der Vermerk auf dem Theaterzettel „in der Inszenierung der vorigen Spielzeit“ ist wohl weniger als Lockmittel denn als Einbildungung gedacht. Die Uebernahme der neuen Bühnenbilder zur „Hölz“ aus dem Vorjahr gehört sicherlich zu den peinlichsten Verpfichtungen des neuen Intendanten. Man hätte einen allzu greiflichen Ersatz der damals außer Rand und Band geratenen Bühnenstaffel gemindert, ohne jedoch eine grundsätzliche, durchgreifende Ueberholung vorzunehmen, man war zu einem Kompromiß gekommen. Den Eindruck des Kompromisses machte übrigens die gehaltvolle Aufführung. Es gelang Julius Friewer nicht immer, die Symptome einer Repertoireoper durch das Feuer der eigenen künstlerischen Erregtheit zu dem matelosen Guß einer Ueberarbeitung umzuformen. „Hölz“ strahlte errang durch die gutvolle Wiedergabe der Titelrolle einen vollen Erfolg. Ad. Almosino sparte ihrer Amneris den höchsten Trumpf zum Schluß auf, so daß man über der Wucht und Fülle ihres Organs die harte Behandlung der Sprachmelodie vergessen konnte. Adolf Dimano, der das italienische Kleeblatt vervollständigte, blieb bei seiner laubwelschen Singweise. Dagegen verfuhr er diesmal so ökonomisch, daß er bis zum Schluß durchhalten konnte. Eine beständliche Neuerung ist die harmlose Angewohnheit, jeden Hochtou auf einem Crescendo und Ritardando auszubilden. An dem rufschneubenden Kesthiopier Fürst Amnasto fand Robert Kersch kein psychologisches Problem zu lösen. Hier gelang ihm durch Kraft und Größe des Tons wie durch eindringliche Charakterzeichnung eine ausgezeichnete Leistung. Otto Wenning König entsprach seinem Landgrafen, Julius Wilhelm machte sich als Stellovertreter von Rudolf Wittkopf verdient. Gh.

Lobetheater.

„Die Hölz.“

Karl Sternheim spielt gern den Bürgerpred. Er schreckt aber den Bürger gar nicht. Er tastet auch in seiner „Hölz“ nur an bürgerliche Feinlichkeit. Er verzerrt und verliert so den besten Teil der Glaubwürdigkeit. Der Bürger steht im Durchschnitt geistig durchaus nicht so hoch, daß er noch hinter Sternheims Karikaturen, die noch dazu in ihm unverständlicher Sprache reden, sein eigenes Ich sieht. Durchaus nicht. Der Inhalt ist kurz aber faßlich. Ein braves Beamtenweibchen verliert auf der Straße ihre Hölz. Zwei Beobachter dieses interessanten Schauspiels mieten sich bei ihr als Zimmerherren ein. Es kommt aber zu nichts! Nur der brave Beamtenweibchen begehrt einen Ehebruch und verheiratet dann auf die „Bequemlichkeit“.

Arnfelds Regie holte aus der Hölz, was zu holen war. Er selbst war hierher Beamter und Vrier. Sein jugendliches Weibchen in schmaler Atmosphäre Ria Fernst, Friedrich Rosenthal und Robert Meyn die Zimmermieter. Gut faktiertes Stenheimeimpfinden. Käthe Habel-Reimers die endlich verführte alte Jungfrau.

Bereinstalender.

Schwimmerverein Pöselbon, e.V. Sonntag, den 10. September, nachmittags 1/2 Uhr: Ahschwimmen im Pöselbonbad. Alles muß erscheinen. Dienstag, den 12. September, abends 8 Uhr, im Schießerwerder: 1. Deutsches Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig.

Freie Arbeitervereinsvereinigung Breslau, e.V. Freitag, den 8. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6: Monatsversammlung. Vollständiges Erscheinen wird erwartet. Die Mitglieder werden ersucht, die bezeichneten Anteile einzuzahlen, soweit dies bis jetzt nicht geschehen ist. Die Sammelstellen sind Freitag abzuklebern. Der Vorstand.

Sportkartell. Donnerstag, den 7. September 1922, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vollerversammlung.

Sattler, Tapezierer, Portefeinler-Verband. Ausnahmeweise Freitag, den 8. September, nachmittags 3-6 Uhr, Kassenstunden im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses. Funktionäre Südensitzung beachten. Die Ortsverwaltung.



